

Siegfried Heimann

Auszug aus der Einleitung des Bandes 3 der Edition „Willy Brandt – Berliner Ausgabe“: „Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947–1966“

Willy Brandt und der 13. August 1961

[...]

Willy Brandt war bereits lange vor dem Mauerbau klar gewesen, dass die täglich wachsende Zahl von Flüchtlingen die DDR zu Reaktionen veranlassen musste und dass Westberlin, wo die meisten Flüchtlinge ankamen, davon besonders betroffen wäre. Er hatte schon in den fünfziger Jahren befürchtet, dass die seit 1948 erkennbare Trennung der Stadt in zwei Hälften noch weiter gehen könnte. Im Mai 1959 sprach Brandt in einem Interview mit einem englischen Journalisten ein weiteres Mal davon, dass der Ostberliner Bürgermeister Ebert offenbar seit langem an eine „Art chinesischer Mauer mitten durch die Innenstadt“ denke. Die Sowjetunion habe ihn bislang aber daran gehindert, diesen Plan zu realisieren.

Was nach Brandts Meinung hinter den verschiedenen Verlautbarungen der Sowjetunion seit November 1958 steckte, analysierte er erneut im September 1960: Die kurz zuvor von der DDR-Regierung erlassene Verordnung, Westdeutschen den Besuch in Ostberlin nur mit einer Aufenthaltsgenehmigung zu gestatten, deutete für ihn darauf hin, „dass die Sektorengrenze in eine Staatsgrenze umgewandelt werden soll“. Elf Monate vor dem Mauerbau erwartete er deshalb für die Zukunft „Maßnahmen zur Kontrolle und Unterbindung des Ost-West-Verkehrs“, um den Strom der Flüchtlinge zu unterbinden. Der Regierende Bürgermeister hielt es für diesen Fall schon damals für unwahrscheinlich, dass seitens der Westalliierten „Macht aufgewendet werden kann, um auf die Entwicklung in Ostberlin einzuwirken“. Eindeutig seien die amerikanischen Garantien nur für die Sicherheit Westberlins und für den freien Zugang nach Westberlin.

Willy Brandt konnte daher nicht wirklich überrascht sein von dem, was am 13. August 1961 in und um Berlin geschah, auch wenn der Zeitpunkt für die seit längerem erwarteten Absperrmaßnahmen nicht vorauszusehen gewesen war. Auch mit einer gewissen Passivität der Westalliierten hatte er gerechnet. Als aber die Absperrmaßnahmen dann begannen und die Sektorengrenze tatsächlich zu einer „Staatsgrenze“ umgewandelt wurde, erregte es Brandt dennoch sehr, dass die Schutzmächte in Westberlin zunächst überhaupt nicht reagierten. Sie traten weder an der Sektorengrenze sichtbar auf noch protestierten sie energisch gegen die offenkundige Verletzung des Vier-Mächte-Status von Berlin.

In den frühen Morgenstunden des 13. August war Willy Brandt, der sich als Kanzlerkandidat der SPD auf Wahlkampfreise befunden hatte, sofort nach Berlin zurückgekehrt. Sein Besuch in der Alliierten Kommandantur wenige Stunden nach Beginn der Absperrungen zeigte indes keinen Erfolg. Den westlichen Kommandanten lagen keine Weisungen ihrer Regierungen vor und sie blieben untätig. Es drohte eine „Vertrauenskrise“ zu den Westmächten zu entstehen, wie Brandt in seinem in scharfem Ton verfassten Brief an den amerikanischen Präsidenten Kennedy vom 15. August 1961 schrieb, der drei Tage später ebenso deutlich antwortete. Kennedy machte Brandt klar, dass die „brutale Grenzschießung“ eine Entscheidung der Sowjetunion sei, die nur durch einen Krieg rückgängig gemacht werden könne. Und, so fügte er an, einen Krieg wegen dieser Frage wolle wohl niemand. Immerhin kündigte er eine Verstärkung der amerikanischen Garnison in Berlin an und schickte seinen Vizepräsidenten in die geteilte Stadt.¹ Am 19. August 1961 – früher als Bundeskanzler Adenauer – besuchte Lyndon B. Johnson Berlin und übergab Brandt bei der Gelegenheit auch das Antwortschreiben Kennedys.² Die eher symbolische Verstärkung der Garnison vermochte dennoch das Vertrauen der Westberliner in die amerikanische Politik vorerst wieder zu festigen: 1500 Soldaten fuhren demonstrativ über die Autobahn von Helmstedt nach Berlin und wurden von der Westberliner Bevölkerung jubelnd willkommen geheißen.

In mehreren Reden musste der Regierende Bürgermeister in den ersten Tagen nach dem 13. August 1961 eine extrem schwierige Aufgabe meistern. Er musste der Empörung der Berliner Ausdruck verleihen, die Absperrmaßnahmen verurteilen, die ersten Opfer an der Mauer beklagen, an die Westalliierten und an die Bundesregierung appellieren, der Politik der DDR und der Sowjetunion nicht tatenlos zuzuschauen, und doch zugleich versuchen, die Emotionen zu dämpfen, um unkontrollierbare Entwicklungen zu verhindern. Auch auf internationalem Gebiet wurde Brandt tätig. In einem langen Schreiben informierte er den indischen Premierminister Nehru unmittelbar vor der in Belgrad Anfang September 1961 stattfindenden Konferenz der Blockfreien über die den Frieden bedrohende Situation in Berlin und bat darum, den Protest gegen diese „flagrante Verletzung der Menschenrechte“ zu unterstützen.

Innenpolitisch beließ es Brandt nicht bei Appellen. Er begrüßte ausdrücklich den Vorschlag, die Verantwortlichen für die Gewalttaten an der Mauer persönlich zur Verantwortung zu ziehen. Alle Hinweise auf Verbrechen sollten deshalb bundeseinheitlich zum Zwecke der Beweissicherung in einer zentralen, von den Bundesländern vereinbarten Stelle gesammelt werden. Diese Einrichtung sollte, wie es in einem Fernschreiben Brandts an alle Ministerpräsidenten hieß, ähnlich der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen für die Verbrechen des NS-Regimes in Ludwigsburg die „organisatorische Grundlage für eine bundeseinheitliche und umfassende Strafverfolgung der Untaten der Gewalthaber der SED“ schaffen. Am 24. November 1961 nahm die „Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen“ in Salzgitter ihre Arbeit auf.

Nach dem bedrückenden Ereignis des 13. August 1961 wollte Willy Brandt vor allem verhindern, dass der faktische Bruch der Viermächtevereinbarungen durch die Sowjetunion zu einer Art „Viermächtestatus“ nur für Westberlin führte, was für Moskau einen weiteren Erfolg bedeutet hätte. Er schlug daher vor, die Westalliierten sollten in den westlichen Sektoren einen „Dreimächtestatus“ praktizieren, um zu verhindern, dass aus dem Status quo in Berlin nun tatsächlich ein „Status quo minus“ für Westberlin werde. Dieser an

Kennedy gerichtete Vorschlag löste Verwirrung und Widerspruch beim amerikanischen Präsidenten aus, und der Regierende Bürgermeister verfolgte ihn nicht weiter.

Kurz darauf stellte Willy Brandt in Gesprächen mit „einflussreichen Persönlichkeiten“ im Oktober 1961 in den USA fest, dass die amerikanische Regierung ihre bisherigen auf Westberlin bezogenen Zusagen zwar weiterhin einzuhalten gedenke, eine Wiedervereinigung Deutschlands auf absehbare Zeit aber nicht mehr für möglich halte. Darum gelte es nun, wie Brandt protokollierte, nach neuen Mitteln und Wegen zu suchen, um „einem Auseinanderleben der beiden Teile des deutschen Volkes zu begegnen“. Damit hatte er ein Stichwort für seine künftige Politik erhalten, und er versäumte es nicht, dieses Plädoyer für eine neue Politik der Bundesregierung in einem geheimen Memorandum über die Gespräche zu übermitteln. Die USA erwarteten von der Bundesrepublik eigene Anstrengungen mit dem Ziel, die Beziehungen zu Osteuropa zu verbessern – und zwar ohne vorherige Fortschritte in der deutschen Frage. Dies deckte sich mit der Sicht Brandts, der die starre Position der Bundesregierung in der Deutschlandpolitik schon lange beklagt hatte, nun aber Rückenwind aus den USA für seine Überlegungen verspürte.

[...].

¹ Siehe das Schreiben John F. Kennedys an Brandt vom 18. August 1961, in: AdsD, WBA, A 6, 126.

² Vgl. Nr. 70.